

Kolumne : die andere Sicht : es braucht ausländische Mitarbeitende

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Curaviva : Fachzeitschrift**

Band (Jahr): **86 (2015)**

Heft 4: **Verantwortung : unverzichtbar für das menschliche Zusammenleben**

PDF erstellt am: **01.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Kolumne

Kurz- nachrichten

Die andere Sicht: Es braucht ausländische Mitarbeitende

Die Mobilisierung des inländischen Fachkräftepersonals reicht nicht.

Von Monika Weder

Der Bundesrat hat eine Initiative lanciert mit dem Ziel, dass dem Arbeitsmarkt genügend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Im Jahr 2014 identifizierte er bei 11 von 27 Berufsfeldern einen Verdacht auf Fachkräftemangel. Die Situation wird sich in Zukunft noch verschärfen: Wegen der sogenannten Masseneinwanderungs-Initiative können Unternehmen und Institutionen weniger ausländisches Fachpersonal anstellen als sie benötigen. Um die Engpässe zu überbrücken, wurde in der Diskussion vor allem das inländische Fachkräftepotenzial als Lösung genannt. Dabei dachte man vor allem an Personen, die nicht erwerbstätig sind, weil sie voll- oder teilzeitlich Familienbetreuung übernehmen, arbeitslos sind oder aus persönlichen Gründen nur eine Teilzeitanstellung innehaben. Wirtschaftlicher Erfolg, hochstehende Dienstleistungen und Erhaltung oder Steigerung des Wohlfahrtniveaus hängen nach wie vor von einer steigenden Zahl qualifizierter Fachkräfte ab. Rationalisierung und Automatisierung können einen Teil des Mehrbedarfs kompensieren. Einen weiteren Teil können inländische Fachkräfte abdecken. Es ist jedoch eine Illusion, zu glauben, dass alle Personen gewonnen werden können, die dafür in Frage kommen, die Lücke zu schliessen. Die Schweizerinnen und Schweizer sind stolz auf die freie Wahl des Berufs, der Lebensführung und der Aufteilung von Familien- und

Erwerbsarbeit. Doch ich bin der Meinung, dass jeder Effort, interessierte und geeignete Personen in den Arbeitsprozess einzubinden, erstrebenswert ist – ob mit oder ohne Masseneinwanderungs-Initiative. Alle Anstrengungen, die die Rahmenbedingungen verbessern, sind wichtig und richtig, denn Potenzial ist tatsächlich noch vorhanden. Um die absehbaren Lücken zu schliessen, reicht es allerdings nicht. Soll kein wirtschaftlicher Abbau oder eine Reduktion von sozialen und medizinischen Dienstleistungen für die Bevölkerung erfolgen, braucht es Lösungen, die nicht nur auf der schrumpfenden Zahl der inländischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer beruhen. Trotz Effizienzsteigerung und Rationalisierung braucht es weiterhin die Möglichkeit, genügend ausländische Mitarbeitende zu rekrutieren.

Monika Weder leitet den Geschäftsbereich Bildung bei Curaviva Schweiz.

Politik

«Glück lässt sich nicht testen»

Die gezielte Selektion im Reagenzglas zwingt zu einer Unterscheidung in lebenswertes und nicht-lebenswertes Leben, schreibt «insieme» in ihrer Stellungnahme zur bevorstehenden Abstimmung über die Änderung der Bundesverfassung. Sie ist Voraussetzung, um die Präimplantationsdiagnostik (PID) in der Schweiz einzuführen. «insieme», die Schweizerische Vereinigung der Elternvereine für Menschen mit einer geistigen Behinderung, lehnt eine solche Unterscheidung ab und empfiehlt deshalb dem Schweizer Stimmvolk, am 14. Juni ein Nein zur Verfassungsänderung in die Urne zu legen. Denn nach einem Ja würden alle Embryonen, die nach künstlicher Befruchtung entstehen, bereits im Reagenzglas mittels PID auf genetische und chromosomale Besonderheiten (zum Beispiel Trisomien) getestet und aufgrund des Ergebnisses aussortiert. Ein Zwang zum perfekten Kind wäre die Folge. Das Spektrum, welche genetischen Besonderheiten akzeptiert sind, würde weiter eingeschränkt. Leben mit Behinderung scheinend zunehmend vermeidbar, so die Befürchtung von «insieme». «Ob sich aber ein Embryo dereinst zu einem glücklichen Kind entwickelt, lässt sich nicht im Reagenzglas testen», schreibt «insieme».

PD *insieme*

Nein zur Embryoselektion

Am 14. Juni kommt ein Verfassungsartikel vors Volk, der die umstrittene Präimplantationsdiagnostik (PID) in der Schweiz erlauben soll. Der geänderte Artikel 119 bereitet den Weg für das revidierte Fortpflanzungsmedizinengesetz, das das Parlament bereits abgesegnet hat. Der Verein «biorespect» tritt gegen